



PIRATENFRAKTION
im Schleswig-Holsteinischen Landtag

PRESSEMITTEILUNG

Hauke Bruhns

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Stellvertretender Pressesprecher

Telefon: +49 [0]431 988-1607

Telefax: +49 [0]431 988-1602

Mobil: +49 [0]160 7080474

hauke.bruhns@piratenfraktion-sh.de

Kiel, den 19.03.2015

Angelika Beer: Rhetorische Verkündungspolitik und ein Koalitions-Wohlfühl-Zwang zu Lasten von Flüchtlingen

Zu der heute (19. März 2015) geführten Debatte über den Antrag [1] der Fraktionen der PIRATEN und der CDU, für die Bewältigung der flüchtlingspolitischen Herausforderungen einen Ausschuss für 'Integrations- und Flüchtlingspolitik' einzurichten sowie dessen mehrheitliche Ablehnung, sagt die flüchtlingspolitische Sprecherin der Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Angelika Beer:

"Flüchtlingspolitik und deren unmittelbaren Herausforderungen und Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein werden uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Hierfür benötigen wir Fachexpertise und wohl durchdachte Lösungen statt Schlagworte und ein 'sich selbst auf die Schulter klopfen'.

Ministerpräsident Albig hat vor vier Wochen gesagt: "Für mich ist das keine Frage des Haushalts. Es ist allein eine Frage der Haltung.". Dem muss ich entschieden widersprechen. Es ist nicht allein eine Frage der Haltung, sondern es ist auch die Frage nach konkretem Handeln und strategischer Planung. Genau daran fehlt es der Landesregierung und der sie tragenden Koalition.

**PIRATENFRAKTION IM
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN LANDTAG**
Düsternbrooker Weg 70 | 24105 Kiel
Telefon: +49 [0]431 988-1337

Pressestelle:
Telefon: +49 [0]431 988-1603

<http://www.piratenfraktion-sh.de>
fraktion@piratenfraktion-sh.de
Twitter (Fraktion): @fraktionSH



Eine zentrale Koordination, Beratung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger finden nicht statt. Es fehlt an qualifizierten Traumatherapeuten und an der Zeit für eine gründliche Anamnese. Eine Kita-Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien ist auf Grund beschränkt vorhandener Kapazitäten nicht möglich.

Die Erstaufnahmeeinrichtung in Boostedt wird wahrscheinlich erst ab 2016 die 500 angekündigten Flüchtlinge unterbringen können. Vom Mangel an fachlich qualifiziertem Betreuungspersonal ganz zu schweigen.

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist immer noch unzureichend und die steigende Zahl an Direktzuweisungen, also unter Umgehung einer Erstaufnahmestelle, stellt die Städte und Gemeinden vor fast unlösbare Probleme. Integration findet aber in den Kommunen statt. Nur dort kann sie gelingen. Und deswegen brauchen die Kommunen auch mehr Unterstützung.

Aus diesen und vielen weiteren Gründen haben meine Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion im vergangenen Jahr einen Antrag zur Einrichtung eines Ausschusses für Integrations- und Flüchtlingspolitik eingebracht, um einen adäquaten politischen Rahmen zu schaffen.

Aber statt den Weg für ein parlamentarisches Gremium konstruktiv zu begleiten, lamentieren SPD, Grüne und SSW und schieben substanzlose Gründe als Gegenargumente vor. Die FDP gibt ihnen leider dabei Rückendeckung.



Schade auch, dass man heutzutage vor allem mit den Grünen auf Grund ihres Koalitions-Wohlfühl-Zwangs in humanitären Fragen nicht an einem Strang ziehen kann.

Wir hätten diesen Ausschuss in der Sache gerne interfraktionell auf den Weg gebracht – wie es unter anderem in Berlin und Nordrhein-Westfalen auch möglich gewesen ist. Aber so sieht es in der Realität wohl aus, wenn das erklärte Ziel, nämlich die Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein, wenn diese Koalition von 'Flüchtlingspolitik in gemeinsamer Verantwortung in der Flüchtlingspolitik' spricht."

[1] Einrichtung eines Ausschusses für Integrations- und Flüchtlingspolitik:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2600/drucksache-18-2631.pdf>

Ansprechpartner:

Angelika Beer, MdL, Tel: +49 431 988 1640